

# Helmut Conrads droht Stadt mit einer Klage

STZ  
13.07.05

BSR-Geschäftsführer wehrt sich gegen mögliche FNP-Änderung. Erhebliche Kosten und Einnahmeverluste sollen in Rechnung gestellt werden. Scharfe Kritik an Politik. „Das ist Wirtschaftsverhinderung statt Wirtschaftsförderung“.

VON UNSEREM REDAKTEUR  
MICHAEL GROBUSCH

**STOLBERG.** Der Brief, der Ferdi Gatzweiler in dieser Woche übermittelt worden ist, hätte deutlicher kaum ausfallen können. „Ich habe dem Bürgermeister mitgeteilt, dass ich mich mit allen juristischen Mitteln gegen eine Änderung des Flächennutzungsplanes wehren werden“, erklärte Helmut Conrads gestern auf Anfrage. Dem BSR-Geschäftsführer steht die Zornesröte im Gesicht, seitdem die SPD angekündigt hat, die Angelegenheit möglicherweise noch einmal in den Rat zu bringen. Der könnte die am vergangenen Donnerstag im Ausschuss für Stadtentwicklung mehrheitlich abgelehnte Ausweisung von Konzentrationszonen für den Abbau von Bodenschätzen in einem dann geänderten FNP wieder aufheben.

Und damit aus Sicht des Unternehmers für völlig veränderte Rahmenbedingungen sorgen.

Die würden die Möglichkeiten der Firma BSR und ihrer Steinbrüche laut Conrads nicht nur in Breinig beeinträchtigen. „Auch in Gressenich sind im Gebietsentwicklungsplan Abbauflächen ausgewiesen, die durch einen veränderten FNP eingeschränkt werden sollen.“ Für den Fall der Fälle hat Conrads bereits seine Juristen bemüht und eine erste Rechnung erstellt. Demnach wurden bislang rund 200 000 Euro für die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Bodengutachten, Probebohrungen und Grundwasseruntersuchungen im Gebiet jenseits der

L 12 Zwischen Breinig und Kornelimünster fällig. „Ich habe auf die Erschließung der Bodenschätze vorerst freiwillig verzichtet“, verweist Helmut Conrads auf seinen eigentlich im übergeordneten GEP dokumentierten Anspruch. „Das bedeutet aber nicht, dass ich meine Rechte durch willkürliche Entscheidungen der Politik beschneiden lassen werde.“ Nicht nur die bereits investierten 200 000 Euro werde er im Falle einer FNP-Änderung bei der Stadt geltend machen. „Ich habe das gesamte Gebiet bis 2030 gepachtet. Und durch die Einschränkung der Abbauzonen käme es zu einer Wertminderung, weil aus Erwartungsland für Bodenschätze einfaches Wiesenland würde.“

Den größten Posten in der Conrad'schen Rechnung aber würden mögliche Einnahmeverluste ausmachen. Mit Zahlen hält sich der Unternehmer

„Ich werde meine Rechte nicht durch willkürliche Entscheidungen der Politik beschneiden lassen.“

HELMUT CONRADS  
GESCHÄFTSFÜHRER BSR

noch zurück, sie würden die übrigen Beträge aber in einen gewaltigen Schatten stellen.

Nicht viel anders verhält es sich in Gressenich. 150 000 Euro stehen hier für Voruntersuchungen zu Buche. Außerdem wurden erste Pläne für eine Ortsumgehung entwickelt. „Diese sind am 24. Oktober 2002 Vertretern aller demokratischen Parteien vorgelegt worden“, betont Conrads. Ohnehin konfrontiert er die politischen Parteien mit schweren Vorwürfen. „Was in Stolberg betrieben wird, ist keine Wirtschaftsförderung, das ist Wirtschaftsverhinderung.“ Noch im Jahr 2000 sei der überarbeitete Gebietsentwicklungsplan im Stolberger Rat einstimmig an-



Läuft Sturm gegen eine Änderung des Flächennutzungsplanes: Helmut Conrads. Foto: M. Grobusch

genommen worden. „Es kann doch nicht sein, dass davon fünf Jahre später niemand mehr etwas wissen will. Unternehmen brauchen Planungssicherheit, alles andere ist unverantwortlich.“

Ob diese im Hinblick auf die Steinbrüche in Breinig und Gressenich gewährt ist, wird sich bis morgen Abend entscheiden. Dann endet die Einspruchsfrist gegen den Beschluss des Fachausschusses – und somit die Möglichkeit, im Stadtrat eine andere Entscheidung herbeizuführen.